

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 01

Klimakatastrophe: Maßnahmen- und Notfallplan

Die Arbeiterkammer Wien fordert einen sofortigen gestuften Maßnahmen- und Notfallplan gegen die Klimakatastrophe sowie ein ständiges Monitoring, mit dem der Erfolg der gesetzten Maßnahmen überprüft und nachgeschärft werden kann.

Die Klimakatastrophe ist mit den derzeitigen Maßnahmen und dem geringen Engagement der Staaten kaum mehr zu verhindern. Durch die Beschwichtigungsreden und das Leugnen der Klimaproblematik in den siebziger Jahren haben wir wertvolle Zeit verloren, um mit technischen und legislativen Maßnahmen und Lösungen das Problem in den Griff zu bekommen. Dieser wertvolle Zeitspielraum für eine gesellschaftsverträgliche und relativ schmerzlose Umstellung auf ein anderes ökologisches und soziales Wirtschaftssystem wurde von verantwortungslosen Politikern und korrupten „Experten“, die die Situation verleugnet oder verharmlost haben, leider verspielt. Jetzt müssen für einige Zeit - bis technische und legislative Maßnahmen greifen - schärfere und sofort wirksame Maßnahmen ergriffen werden, bis technische Lösungen ausgereift und etabliert sind. Andernfalls sind die vereinbarten Klimaziele nicht mehr zu erreichen und ist die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Es ist unserer Generation durchaus zuzumuten, dass sie jetzt eine Zeitlang den gewohnten Lebensstandard reduziert, um die Zukunft der künftigen Generationen zu sichern.

Ein Stufenplan mit zu ergreifenden Maßnahmen, der ähnlich wie bei der Coronakrise entsprechend der Gefahrensituation regelmäßig evaluiert und angepasst wird, könnte dafür sorgen, dass es nicht nur bei schönen Worten und Absichtserklärungen bleibt.

Stufe 1

müsste aus Maßnahmen bestehen, die praktisch sofort ohne größere Zeitverzögerung oder gravierende Gesetzesänderungen umgesetzt werden können.

Das wären z. B.:

- Geschwindigkeitslimits für Verbrenner-Kraftfahrzeuge auf Autobahnen, Landstraßen und in der Stadt (Tempo 100/80/30).
- Stärkere Bepreisung von CO₂ als jetzt vorgesehen (30 Euro pro Tonne werden von Experten als viel zu gering eingeschätzt).

- Keine Umweltschädigenden Steuerprivilegien (Diesel/Kerosin)

usw.

Die Sofortmaßnahmen sollten jedenfalls bis Ende des Jahres 2021 umsetzbar sein.

Stufe 2

sind Maßnahmen, wo die technische Voraussetzungen bereits vorhanden sind und die mittelfristig wirken (in einem Zeitraum von 1 bis 2 Jahren).

- Komplette Substituierung aller fossilen Brennstoffe durch alternative umweltfreundliche Energiegewinnung
- Erhöhung des Wirkungsgrades bei technischen Abläufen
- Gezielte Förderung der Elektromobilität
- Verzicht auf individuelle Mobilität mit Verbrenner-KFZ (mehr Öffis, Fahrrad etc.)

Stufe 3

sind Maßnahmen, wo die technische Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind, die aber bereits jetzt in Angriff genommen werden sollten.

Das wären z. B.

- Wasserstoffbetriebene Flugzeuge oder Lastwagen
- Wärmespeicher und Energiespeicher, die umweltverträglich sind
- Komplettes Re-Use bei Gebrauchsgütern und Etablierung eines Kreislaufsystem auf allen Ebenen
- Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung zu einem verantwortungsvollen und schonendem Umgang mit der Natur und den Ressourcen

Ganz wichtig wäre es aber dabei, dass man die Maßnahmen und deren Notwendigkeit der Bevölkerung vermittelt und den Erfolg oder auch nicht-Erfolg publiziert. Es sollte doch möglich sein der Bevölkerung die Folgen des nicht-Handelns zu erklären und welche Konsequenzen ein weiteres Leugnen der Probleme für die Weltbevölkerung und die zukünftigen Generationen hätte.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 02

Tiefenwässer als Trinkwasserreserve für Wien

Die Arbeiterkammer Wien fordert die Stadtregierung von Wien auf, Tiefenwässer als Trinkwasserreserve für die Bevölkerung Wiens als Vorsorge für Umweltkatastrophen (z.B. AKW Supergau) zu erwerben und zu erschließen.

Die gute Trinkwasserversorgung in Wien wurde unter Kaiser Franz Josef durch den Bau der Wiener Hochquellenwasserleitung initiiert und begründet. Damals wurden die Quellgebiete in Niederösterreich für die Stadt Wien erworben und unter Schutz gestellt. Dieser weitsichtigen und klugen Maßnahme verdankt die Bevölkerung von Wien bis heute ihr gutes Wiener Trinkwasser, um das sie von vielen anderen Ländern beneidet wird.

Leider ist diese gute Versorgung nicht für alle Zeiten garantiert. Im Falle von Umweltkatastrophen wie z.B. einem AKW Supergau kann radioaktiver Fall-Out fast sofort das gute Wiener Trinkwasser vergiften. Die Regenfälle, die die Quellen mit Wasser speisen, werden durch die dünne Humusschicht und das darunterliegende Kalkgestein fast gar nicht gefiltert und gelangen in sehr kurzer Zeit in die Trinkwasserspeicher.

Tiefenwässer, die in einer Tiefe von hundert oder mehr Metern liegen und auch sehr alt sind, sind vor einer Kontamination durch Schadstoffe aus der Erdoberfläche geschützt. Während bei Flussbegleitwässern das Wasser gefiltert wird und viel langsamer durch den Grundwasserkörper nach unten sickert, braucht das Hochquellwasser nur einige Tage bis es in der Wasserleitung landet.

Das bedeutet, dass eine Millionenstadt wie Wien praktisch über Nacht ohne ausreichende Trinkwasserversorgung dastehen könnte. Dass dieser Totalausfall der Quellwasser nicht innerhalb kürzer Zeit ersetzt werden kann versteht sich von selbst. Die Erschließung und der Kauf von Tiefenwässervorkommen in Niederösterreich oder der Steiermark für die Wiener Notwasserreserve sollte daher ehebaldigst in Angriff genommen werden. Diese Wasserreserven sollten aber keinesfalls ohne zwingende Not angegriffen werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 03

Ausstieg aus der Atomenergie jetzt

Die Arbeiterkammer Wien fordert die EU auf, ihren Mitgliedsstaaten den Ausstieg aus der Atomenergie dringend zu empfehlen, da die Endlagerfrage noch nicht gelöst ist und diese Energieform darüber hinaus gefährlich und umweltschädlich ist.

Die Atomenergie hat durch zwei verheerende Supergaus und zahlreiche Störfälle bereits bewiesen, dass sie brandgefährlich ist. Ebenso hat sich gezeigt dass je nach Wetterlage praktisch jeder Ort auf der Welt von radioaktivem Fall-Out betroffen sein kann. Die Gefahr und das Ausmaß der Verseuchung ist natürlich umso größer je näher man sich zum Unfallort befindet. Dass hier seit Jahrzehnten noch immer kein sicheres Endlager gebaut wurde, zeigt dass diese Technologie nicht wirklich beherrschbar ist.

Dass es sich um eine saubere Energieform handelt, die gerade beim Klimawandel notwendig ist, ist eine infame Lüge, da die Förderung des Urans auch sehr umweltschädlich und energieintensiv ist. Die Umweltschäden, die durch undichte Endlager im Laufe der Jahrzehnte für unsere Kinder und Enkelkinder entstehen, können noch gar nicht abgeschätzt werden.

Deshalb sollten wir jetzt endlich einen Schlussstrich ziehen und diese Art der Energiegewinnung ein für allemal beenden, wobei die EU hier den Anfang machen sollte.

Österreich ist umgeben von zahlreichen Schrott-AKW's und sollte hier ein allergrößtes Interesse haben, diese Gefahr endlich zu bannen.

Gerade jetzt, wo die Atomlobby die Klimakrise ausnützen will, um die Atomkraft weiter auszubauen, darf Österreich diese Bedrohung nicht länger hinnehmen und sollte auf das Schärfste protestieren und alle nur erdenklichen politischen und diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 04

Photovoltaik entschlossen nützen – politische Verantwortung einfordern!

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für vollständige Nutzung brachliegenden Solarpotentials aus. Besondere Bedeutung kommt hierbei der verbindlichen und fordernden Betrauung einer kompetenten Person oder Behörde als Hauptaufgabe zu, welche die nötigen Kompetenzen und Bemächtigungen hat und für diese wichtige Aufgabe die politische Verantwortung trägt und übernimmt.

Der Ausbau regenerativer Energien ist von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft. So sind diese nicht nur eine wirksame Lösung der CO₂-Problematik, sondern auch beispiellos schnell implementierbar und schon aus diesem Grund einer rein hypothetischen lobbyierten Renaissance der konfliktbehafteten und mit jahrzehntelangen Genehmigungs- und Bauzeiten geschlagenen Atomindustrie haushoch überlegen.

Bedauerlicherweise ist der Ausbau der Photovoltaik in den letzten Jahren sehr viel langsamer erfolgt, als es angesichts politischer und ökologischer Notwendigkeit sowie wirtschaftlicher und finanzieller Sinnhaftigkeit zu erwarten wäre. Offensichtlich liegen für den Photovoltaikausbau Hinderungsgründe vor, welche in der öffentlichen Debatte derzeit nicht adressiert werden. Es ist an der Zeit, die naheliegende Schlussfolgerung aus dem bisherigen mangelhaften Fortschritt zu ziehen: Wenn sich nichts ändert wird es auch in Zukunft so weiter gehen wie bisher. Die Bemühungen um Einhaltung der Klimaschutzverträge würden durch ein simples „weiter wie bisher“ einen schweren Rückschlag erleiden.

Die Lösung dieser Problematik wäre eine weitestmögliche Entflechtung des Kompetenzgewirres aus verschiedenen Behörden und Stellen in der Solarfrage und stärkstmögliche Bündelung in einer neu zu schaffenden Behörde oder Stadtregierungsstelle.

Da es sich bei dieser Aufgabe um „terra incognita“ handelt, welche voraussichtlich eine ausgesprochen hohe Adaptierungs- oder sogar Improvisationsfähigkeit erfordert, erscheint die Schaffung einer neuen Dienststelle als wesentlich erfolgversprechender als ein Umbau oder Ausbau der bestehenden alten Strukturen, da es vor allen Dingen Entschlossenheit, Vorstellungskraft und frische Köpfe braucht.

Das Aufgabenfeld wäre äußerst vielfältig und würde beispielsweise unter Anderem auch Kenntnis um legislative Grundlagen, soziale Implikationen sowie Förderung und Unterstützung der tatsächlichen Umsetzung umfassen. Dementsprechend wäre ein wahrer

„Renaissancemensch“ notwendig, welcher eine breite Kompetenzgrundlage in sehr vielen unterschiedlichen Themenfeldern aufweist und vor allem äußerst kommunikationsstark ist, um einerseits als Anlauf- und Informationsstelle nach außen hin zu wirken, andererseits aber auch Wünsche, Beschwerden und fachliche Inputs von außen sammeln, filtern, auswerten und in politische Wirksamkeit umsetzen kann.

Je schneller desto besser, weil durch die europäische wirtschaftliche Großwetterlage der Preis für Photovoltaikpaneele rasch und empfindlich ansteigen könnte – das worst case Szenario wäre die Notwendigkeit raschen Ausbaus vor dem Hintergrund drohender Strafzahlungen bei gleichzeitig leergefegten Märkten für Photovoltaik-Paneele, da auch andere Staaten, Betriebe und Privatpersonen diese aufkaufen.

Eine etwaige populistische Versteifung auf einen „schlanken Staat“ und eine möglichst geringe Zahl von Neueinstellungen von Seiten der Stadtregierung wäre in diesem Falle kontraproduktiv und zukunftserschädigend.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 05

Ökosoziale Ratingagentur

Die Arbeiterkammer Wien fordert zuverlässige und umfassende Informierung zur Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Produkten und Handelsgütern durch eine neu zu schaffende staatliche Ratingagentur.

Das soziale Gewissen von KonsumentInnenen und der Trend zum „bewussten Konsum“ ist erfreulicherweise stetig zunehmend, de facto möchte heutzutage jeder Mensch beim Kauf die Schädigung von Mensch und Umwelt möglichst vermeiden. Aber noch ist die Informationsbeschaffung dahingehend oft aufwändig, schwierig und erfordert ein hohes Maß an Medienkompetenz. Selbst den idealistischsten und engagiertesten KonsumentInnenen fehlt es für die Recherche zur bewussten und verantwortungsvollen Kaufentscheidung mitunter an Zeit und Energie.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass ein simples „aus dem Verkehr ziehen“ von umweltschädlichen oder unter ethisch bedenklichen Umständen produzierten Konsumgütern durch Handels- oder Importverbote rechtlich nicht möglich ist, da Handelsabkommen das nicht zulassen und Schadenersatzklagen vor internationalen Schiedsgerichten drohen – letztlich läuft es auf die individuelle Entscheidung der KonsumentInnen hinaus, ob beispielsweise Todesopfer durch einstürzende Textilfabriken in Ostasien wirksam wirtschaftlich sanktioniert werden.

Aus Gründen der Zeitersparnis für alle österreichischen (oder sogar europäischen) KonsumentInnen und Gewährleistung von Informationsqualität und Faktentreue wäre es wünschenswert und notwendig, eine zentrale und kompetente Stelle mit der Bereitstellung dieser Informationen zu beauftragen.

Im Sinne der Relevanz für möglichst die gesamte Bevölkerung und die tatsächliche Nutzbarkeit durch unterschiedlichste Menschen mit unterschiedlichsten Prioritäten, Eigenschaften und persönlichen Hintergründen sollte die grafische oder textliche Aufarbeitung an die individuellen Interessenschwerpunkte anpassbar sein. So wird manchen KonsumentInnen ein geringer CO₂-Ausstoß am Wichtigsten sein, für andere werden wiederum Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung das wichtigste Kaufkriterium sein. Daher sollten unterschiedliche Gewichtungen der Bewertung nach verschiedenen Kriterien (denkbar wären etwa ILO-Kernarbeitsnormen, Nachhaltigkeit, Sicherheit der Rechtstaatlichkeit und Überwachung der Qualitätskriterien im Produktionsland, Häufigkeit von Sklaverei und Kinderarbeit, Einfluss auf Biodiversität oder der ökologische Fußabdruck) auswählbar sein.

Die mit der Umsetzung betraute Stelle könnte eine einzelne Behörde sein (z. B. das Sozialministerium), oder auch eine neu geschaffene Gemeinschaftsunternehmung aus mehreren staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Dem demokratischen Wunsch der KonsumentInnen nach besserer und einfacherer Information zu den Folgen ihrer individuellen Kaufentscheidungen würde somit entsprochen.

Das Ziel sollte sein, dass KonsumentInnen im Moment der Kaufentscheidung die Wahl der Produktbewertung bzw. Kommentierung der ökosozialen Implikationen zwischen einer bloßen Schulnotenbewertung, einem Kurztext oder einer ausführlicheren Porträtierung treffen können – in Echtzeit bzw. auf Knopfdruck auch am Smartphone innerhalb weniger Sekunden. Dabei sollten auf Wunsch auch Informationen aus vielen unterschiedlichen, individuell auswählbaren Quellen der generellen Bewertung als zusätzliche Kommentierung hinzufügbare sein.

Bei der technischen Umsetzung sollte auf einfache spätere Erweiterbarkeit geachtet werden, da in Zukunft die Anzahl von NGO's und Informationsbereitstellern, welche zu Produkten Empfehlungen oder Kommentare bereitstellen wollen, voraussichtlich immer weiter anwachsen wird.

Die Folge einer derart verbesserten Informationsgrundlage zur Konsumententscheidung wäre voraussichtlich eine deutliche Stärkung von Wirtschaftsstandorten mit hohen Umwelt- und Sozialstandards, mit besonders positiven Folgen für Arbeitsplätze und Betriebe in Österreich und Wien.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 06

Ökologie und angewandter Umweltschutz

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für die Aufnahme eines Unterrichtsfaches Ökologie und angewandter Umweltschutz an den Österreichischen Pflichtschulen aus.

Die Umweltzerstörung und die negativen Folgen, allem voran die Klimakatastrophe, werden vor allem noch die heutige Jugend und spätere Generationen betreffen und belasten. Es werden zwar schon derzeit von vielen engagierten LehrerInnen Umweltschutzthemen in den Unterricht mit einbezogen, aber das Thema ist zu wichtig und ernst, um es nur nebenbei zu behandeln.

Dabei ist es wichtig die Zusammenhänge zu verstehen, und auf Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen, die die Wissenschaft derzeit anbietet. Wenn man als junger Mensch nur mit den negativen Zukunftsaussichten konfrontiert wird ohne abschätzen zu können, was das für einen persönlich bedeutet und wie man hier positiv gegensteuern kann, erzeugt das Angst und Verunsicherung. Wichtig ist dabei auch zu verstehen, was man als Einzelner beitragen kann, da auch das Verhalten jedes Einzelnen ein wichtiger Beitrag zur Lösung des Problems sein kann. Das soll aber nicht dazu dienen die Verantwortung auf den einzelnen Menschen abzuschieben. Im Gegenteil, durch die wissenschaftliche Aufarbeitung und das Erkennen der Zusammenhänge kann der Jugendliche auch die Defizite in der Politik und der Wirtschaft besser erkennen und politische Propaganda bei Politikern oder Greenwashing bei Firmen erkennen und gegensteuern.

Dieser Unterrichtsgegenstand sollte jedenfalls Grundsätze der Ökologie vermitteln und Lösungsstrategien der Politik und der Industrie aufzeigen. Er sollte aber auch eine Hilfestellung bieten um Verhaltensmaßnahmen und Lösungsstrategien, die Politik und Industrie anbieten oder anregen, kritisch zu hinterfragen und von diesen angebotene Scheinlösungen zu entlarven (z.B. das Argument, Atomenergie wäre umweltfreundlich und könne helfen das Klima zu retten !!!!!). Auch die Möglichkeiten, wie man persönlich durch sein Verhalten Risiken und Umweltschäden abmindern oder vermeiden kann, sollen beispielhaft vermittelt werden, um das Gefühl der Angst und Hilflosigkeit zu mildern. Umweltschutz geht alle an.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 07

Weltnaturerbe unter Schutz

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für ein Weltnaturerbe aus, das unter ganz besonderem Schutz steht. Dies könnte eine erweiterte Kategorie von bestehenden UNESCO Weltnaturerbegebieten sein.

Es gibt auf der Welt Gebiete, die für das Überleben oder das Wohlergehen der Menschheit eine besondere Bedeutung haben. Diese Gebiete müssen als Weltnaturerbe bewahrt unter besonderen Schutz gestellt werden.

Ein solches Gebiet sind z.B. die Regenwälder im Amazonasgebiet, die enorme Mengen an CO2 binden und Sauerstoff produzieren, und eine enorme Artenvielfalt beinhalten. Sie werden aus Profitgier und zur Produktion von Soja für die Tierzucht in Europa abgeholzt oder niedergebrannt.

Oder z. B. die Weltmeere, die für die Klimaregulierung und als CO2 Puffer und Nahrungsquelle dienen. Sie werden mit Plastikmüll verschmutzt, und als Müllkippe von Anrainerländern missbraucht.

All diese für die Menschheit besonders wichtigen Regionen und Biotop sollten erfasst und mittels internationalen Verträgen, die auch Sanktionen enthalten, unter besonderen Schutz gestellt werden.

Die genaue Ausgestaltung sollte unter Beiziehung internationaler ExpertInnen (auf EU-Ebene und der UNO) ausgearbeitet werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 08

Biodiversität in der Landwirtschaft

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine Landwirtschaft aus, die auf Artenschutz und Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt Rücksicht nimmt und die Bewirtschaftung entsprechend schonend durchführt.

Biodiversität ist eine sehr wichtige Forderung der EU, die sich auf alle Lebensbereiche bezieht und wo es auch für die Landwirtschaft erheblicher Anstrengungen bedarf, um die Biodiversität auf den landwirtschaftlichen Flächen zu erhalten oder wiederherzustellen.

Die Agrarwüsten, wo großflächig mit Monokulturen unter Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden ein möglichst hoher Ertrag aus dem Boden „herausgeprägelt“ wird, ist nicht nur für die Fauna und Flora schädlich, sondern auch für den Menschen.

Die Pestizide vernichten bislang vorhandene Artenvielfalt bei Pflanzen und machen die Tiere krank, oder sie werden von den Erntemaschinen getötet. Die großflächigen Monokulturen bieten keine Rückzugsgebiete für Tiere um hier zu leben oder ihren Nachwuchs großzuziehen. Bisher häufig vorkommende Tiere wie Feldhasen und Rebhühner etc. wird es, wenn wir so weiter wirtschaften, bald nur noch in Bilderbüchern für unsere Kinder geben, und typische Ackerpflanzen allenfalls noch in botanischen Gärten.

Eine Landwirtschaft, die auf Artenschutz und Artenvielfalt der Tier- und Pflanzenwelt Rücksicht nimmt, ist daher dringend geboten.

Die allenfalls vorhandenen Windschutzgürtel sind viel zu klein dimensioniert und reichen als Rückzugsgebiet für Tiere nicht aus. Großzügig angelegte Windschutzgürtel, die miteinander verbunden sind, sollten daher als Rückzugsgebiet für Tiere eingerichtet werden.

Die Windschutzgürtel sollten mit gefährdeten Bäumen, blühenden Stauden (für Bienen, Schmetterlinge etc.) und Ackerpflanzen besetzt werden. In diesen Biotopen könnten diverse bereits seltene Insekten, Schmetterlinge etc, aber auch Vögel überleben.

Auf Kunstdünger und Pestizide sollte nach Möglichkeit ganz verzichtet werden.

Ein Monitoring zur Kontrolle der Artenvielfalt sollte durchgeführt werden. Die Biodiversität der Ackerflächen sollte auch ein Kriterium für die Höhe der Agrarförderung durch die EU sein.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 09

Frei wählbare Wochen- und Monatskarten

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für kundInnenfreundliche Wochen- und Monatskarten der öffentlichen Verkehrsbetriebe aus, bei denen der jeweilige Beginn der Wochen- und Monatskarte von den KundInnen frei gewählt werden kann.

Wochen- und Monatskarten haben den Sinn, dass KundInnen, die öffentliche Verkehrsmittel regelmäßig benutzen, einen ermäßigten Fahrpreis bekommen, also dass ihre Kundentreue durch einen Preisnachlass belohnt wird.

Leider ist es derzeit nur möglich eine Wochenkarte von Montag bis Sonntag zu lösen. Es ist aber nicht möglich eine Wochenkarte von Dienstag bis Montag zu lösen was ebenfalls 7 Tage wären. Ebenso beginnt die Monatskarte ebenfalls mit dem ersten des Monats und endet mit dem Ende des Monats. Es ist nicht möglich, dass das Monat mit dem 15. oder 20. Tag des Monats beginnt und dann eben auch 31 Tage gilt.

Es wäre also besser und kundenfreundlicher, wenn die Wochenkarte durch eine 7-Tages-Karte und die Monatskarte durch eine 31-Tages-Karte zum gleichen Preis ersetzt wird.

Es wäre das sozusagen eine Wochen- oder Monatskarte mit frei wählbarem Start und Ende. Die Bezeichnung Wochen- bzw. Monatskarte kann der Einfachheit halber beibehalten werden, um die KundInnen nicht zu verwirren.

Es sollte sich dabei eben nur um einen durchgehenden Zeitraum von 7 beziehungsweise 31 Tagen der Benutzungsberechtigung handeln.

Analog dazu ist ja auch die „Jahreskarte für Österreich“, das Klima-Ticket, ebenfalls mit frei wählbarem Startdatum zu erhalten.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 10

Behindertenfreundlichere öffentliche Verkehrsbetriebe

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für behindertenfreundlichere öffentliche Verkehrsbetriebe aus

Menschen mit Behinderung sind natürlich besonders auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, da sie aufgrund ihrer körperlichen Konstitution oft private Autos nicht benutzen können. Für RollstuhlfahrerInnen gibt es immer wieder unliebsame Überraschungen, speziell wenn Lifte ausfallen und es keine Ersatzlifte oder schräge Rampen gibt, die als Ersatz für den ausgefallenen Lift dienen können. Oder wenn es bei der Schnellbahn, wie es z.B. im Sommer 2021 der Fall war, der Einstieg in den Zug nur über eine steile Treppe möglich ist, da es nicht genügend moderne barrierefreie Züge gibt.

Aber auch für Mütter und Väter mit Kinderwagen oder RadfahrerInnen, die ihr Rad mitnehmen wollen, ist ein barrierefreier Zugang zu den Öffentlichen Verkehrsmitteln unbedingt zu jeder Zeit sicherzustellen.

Es muss jedenfalls sichergestellt werden, dass es alternative Möglichkeiten gibt, die Öffentlichen Verkehrsmitteln barrierefrei zu benutzen, wenn aufgrund von technischen Gebrechen oder Umbauarbeiten Lifte oder Rampen kurzfristig ausfallen.

RollstuhlfahrerInnen müssen sich darauf verlassen können, dass die gewohnten Routinefahrten, sei es in die Arbeit oder zu anderen wichtige Einrichtungen (Einkauf, medizinische Versorgung, Apotheke, Restaurant etc.), in jedem Fall sicher erreichbar sind.

Das wäre wie schon ausgeführt nicht nur für RollstuhlfahrerInnen, sondern auch für Eltern mit Kinderwagen und RadfahrerInnen wichtig, ebenso wie jeder von uns plötzlich z.B. nach einem Unfall, eine mehr oder weniger kurzfristige Mobilitätseinschränkung erleiden könnte (Gipsfuß, nach Gelenks-Operationen, etc.)

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 11

Train and Ride

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine verbesserte Tarifgestaltung bei der Mitnahme von Fahrrädern in Öffentlichen Verkehrsmitteln aus

Während die Mitnahme von Fahrrädern in der U-Bahn gebührenfrei ist, muss man in der Schnellbahn, wenn man z.B. nach Niederösterreich fährt, für das Fahrrad extra bezahlen. Dies ist natürlich eine Hemmschwelle, statt mit dem Auto, mit dem Fahrrad und der Schnellbahn nach Wien zu pendeln.

Es wäre daher sinnvoll analog zu Wien auch in Niederösterreich die Mitnahme von Fahrrädern gebührenfrei zu ermöglichen.

Wenn dies schon nicht bei Einzelfahrten möglich ist, dann sollten doch zumindest die Wochen- und Monatskarten die gebührenfreie Mitnahme des Fahrrades erlauben.

Dies würde das umweltfreundliche Pendeln zwischen Wien und Niederösterreich erleichtern und wäre somit auch eine leicht einzuführende Klimaschutzmaßnahme.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION **GRÜNE ARBEITNEHMER** IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 12

Fahrradrouten-Beschriftung

Die Arbeiterkammer Wien regt eine bessere Beschriftung von Fahrradrouten an.

Wenn man auf einer unbekanntem Route in Wien von A nach B mit dem Fahrrad kommen möchte dann ist das oft eine Irrfahrt mit vielen Umwegen.

Während es auf Autobahnen selbstverständlich ist, dass es Wegweiser und eine Beschriftung für AutofahrerInnen gibt, wo jetzt diese oder jene Abzweigung hinführt, gibt es für RadfahrerInnen nur wenige Hinweisschilder. Eine Beschriftung auf der Fahrbahn des Radweges gibt es überhaupt nicht.

Natürlich könnte man hier das Navi vom Handy benützen, nur ist das mühsam da bei vielen Navi-Programmen Radrouten nicht immer aktuell sind.

Wer zum Beispiel von der U1 Leopoldau einen Radweg nach Süssenbrunn fahren will wird hier seine Wunder erleben.

Außerdem erhöht sich die Unfallgefahr, wenn RadfahrerInnen während der Fahrt andauernd auf das Navi schauen und dabei vielleicht gefährliche Situationen im Straßenverkehr übersehen.

Es sollten daher vermehrt Hinweistafeln aufgestellt werden und zusätzlich zu den Hinweistafeln auch jede Abzweigung bei einer Route auf der Fahrbahn des Radweges markiert werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

176. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 11. November 2021

Antrag 13

Pflege im Notstand

Die Arbeiterkammer Wien fordert umgehend eine starke und spürbare Verbesserung im Pflegebereich. Eine kräftige Aufstockung im Personalstand ist unumgänglich erforderlich, um sowohl zumutbare Arbeitsbedingungen für das Personal als auch eine menschenwürdige Versorgung der Pfleglinge zu gewährleisten.

Die Forderungen der Pfleger und Pflegerinnen sind ja bereits weitgehend bekannt. Sie wurden auch durch mehrere Demonstrationen untermauert (die aber auch nichts genützt haben). Es kann tatsächlich an der Dringlichkeit der Forderungen nicht mehr gezweifelt werden.

Leider ist außer vielen schönen Worten, Dankbarkeitsbekundungen und Beklatschungen der Leistungen noch nicht viel geschehen. Die Politik war bisher offenbar nicht in der Lage, die Probleme im Pflegebereich zu lösen. Hier müssen endlich von den zuständigen Stellen vermehrt Anstrengungen unternommen werden, die – zum Wohle sowohl für die Pfleger und Pflegerinnen als auch für die Pfleglinge – die Arbeitsbedingungen eklatant verbessern.

Die Arbeitsbedingungen waren bereits vor Corona so, dass das Personal am Limit des Zumutbaren gearbeitet hat. Die Pandemie hat die Bedingungen noch verschärft. Es kam Covid, Stationszusammenlegungen und 2 Jahre Vollgas für den gesamten Pflegebereich. Einzig der Idealismus und das Verantwortungsgefühl des Pflegepersonals hat bisher das Schlimmste verhindert. Es ist aber für das Pflegepersonal untragbar, weiterhin in unterbesetzten Dienststellen zu arbeiten. Die Mindestbesetzung wurde zur neuen Normalbesetzung

In der Ausbildung lernen die PflegerInnen einen Riesenumfang darüber, wie Pflege vonstatten gehen soll. In der Praxis darf dann aus Zeitgründen nur ganz wenig vom Gelernten in der Praxis angewendet werden. Das frustriert. Das hält nicht jeder aus. Es ist daher nicht überraschend, dass – je nach Umfrage - bereits jeder fünfte bis die Hälfte der Pflegekräfte - an einen Jobwechsel denkt.

Es muss daher alles unternommen werden, was zu einer kräftigen Aufstockung im Personalstand im Pflegebereich führt, um ein Abwandern in andere Berufe und damit zu einem auch für die Pfleglinge nicht hinnehmbaren Notstand im Pflegebereich zu verhindern.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---------------------------------------